

**Endlagerung von radioaktiven  
Abfällen**

2. Oktober 2015  
q5568/32186 Le, Pl

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH  
Büro Berlin  
Schreiberhauer Straße 30  
10317 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

## Vorbemerkung

Im Auftrag des DAfF e.V. hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Befragung zum Thema „Endlagerung von radioaktiven Abfällen“ durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.000, nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Bürger ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 25. bis 30. September 2015 mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland übertragen werden.

Den Befragten wurden einige Themen und Probleme aus dem Bereich der Umweltpolitik genannt mit der Bitte anzugeben, welches aus ihrer Sicht das wichtigste ist, um das sich die Politik in den kommenden Jahren kümmern muss.

43 Prozent der Befragten halten den internationalen Klimaschutz für das wichtigste der genannten Probleme. Die Lösung der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland erachten 28 Prozent als besonders wichtig.

Den Schutz der Regenwälder erachten 15, den weltweiten Schutz bedrohter Tierarten 6 und den Natur- und Umweltschutz in der Region 5 Prozent für vordringlich.

Dass die Lösung der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland das Wichtigste ist, um das sich die Politik in den kommenden Jahren kümmern muss, meinen Frauen häufiger als Männer und Befragte ab 30 Jahren häufiger als jüngere Befragte.

▪ Wichtige Themen und Probleme im Bereich der Umweltpolitik •

Unter den folgenden Themen und Problemen ist in den nächsten Jahren das wichtigste:

	der inter- nationale Klimaschutz	die Lösung der Endlagerung hoch- radioaktiver Abfälle in Deutschland	der Schutz der Regen- wälder	der weltweite Schutz bedrohter Tierarten	der Natur- und *) Umweltschutz in der Region
	%	%	%	%	%
insgesamt	43	28	15	6	5
Ost	41	31	14	5	6
West	43	28	15	6	5
Männer	43	23	20	5	5
Frauen	42	33	10	6	6
18- bis 29-Jährige	41	22	18	13	4
30- bis 44-Jährige	46	29	15	5	3
45- bis 59-Jährige	45	27	13	6	5
60 Jahre und älter	38	31	16	3	8
Anhänger der:					
CDU/CSU	45	30	13	5	6
SPD	39	32	10	9	7
Linke	41	19	22	5	9
Grünen	60	21	9	6	1

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

• Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Themen und Probleme. Bitte sagen Sie mir, welches der folgenden Probleme aus Ihrer Sicht das wichtigste ist, um das sich die Politik in den kommenden Jahren kümmern muss.“ (Einfachnennung)

Den Befragten wurden verschiedene Aussagen zum aktuellen Stand bei der Endlagerung für hochradioaktive Abfälle vorgelesen mit der Bitte anzugeben, welche davon nach ihrem Wissensstand die aktuelle Situation treffend wiedergibt.

43 Prozent der Befragten können richtig angeben, dass der Suchprozess für einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle noch einmal vollständig neu gestartet wurde.

24 Prozent meinen, es gebe kein Verfahren zur Findung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle.

13 Prozent glauben, dass der Salzstock Gorleben Endlager für die hochradioaktiven Abfälle wird.

Nur wenige meinen, dass die hochradioaktiven Abfälle an den Standorten der Kernkraftwerke überirdisch endgelagert würden (6 %) oder dass die hochradioaktiven Abfälle aus Deutschland im Ausland endgelagert werden (5 %).

▪ **Einschätzung des aktuellen Stands hinsichtlich der Endlagerung I \***

Diese Aussage gibt die aktuelle Situation treffend wieder:	ins- gesamt %)	Männer %)	Frauen %)	18- bis 29- Jährige %)	30- bis 44- Jährige %)	45- bis 59- Jährige %)	60 Jahre und älter %)
- Der Suchprozess für einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle wurde noch einmal vollständig neu gestartet	43	48	38	48	42	49	36
- Es existiert kein Verfahren zur Findung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle	24	24	25	23	25	21	28
- Der Salzstock Gorleben wird Endlager für die hochradioaktiven Abfälle	13	13	12	7	11	15	14
- Die hochradioaktiven Abfälle werden an den Standorten der Kernkraftwerke überirdisch endgelagert	6	6	6	7	7	4	7
- Die hochradioaktiven Abfälle aus Deutschland werden im Ausland endgelagert	5	3	6	12	5	3	3

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

• Frage: „Welches ist nach Ihrer Kenntnis der aktuelle Stand bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland? Welche der folgenden Antworten gibt – nach allem was Sie wissen – die aktuelle Situation treffend wieder?“ (Einfachnennung)

Dass der Suchprozess für einen Endlagerstandort noch einmal vollständig neu gestartet wurde, meinen Befragte mit weiterführenden Bildungsabschlüssen häufiger als Befragte mit formal mittlerer oder niedriger Bildung und die Anhänger der Grünen und der Union häufiger als die Anhänger der SPD und der Linkspartei.

Dass kein Verfahren zur Findung eines Endlagers existiert, glauben überdurchschnittlich häufig die Befragten mit formal niedriger Bildung sowie die Anhänger der Linkspartei.

▪ **Einschätzung des aktuellen Stands hinsichtlich der Endlagerung II \***

Diese Aussage gibt die aktuelle Situation treffend wieder:	ins- *)	Haupt-	mittlerer	Abitur,	Anhänger der:			
	gesamt	schule	Abschluss	Studium	CDU/CSU	SPD	Linke	Grünen
	%	%	%	%	%	%	%	%
- Der Suchprozess für einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle wurde noch einmal vollständig neu gestartet	43	32	37	47	49	40	42	55
- Es existiert kein Verfahren zur Findung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle	24	31	21	25	17	25	33	18
- Der Salzstock Gorleben wird Endlager für die hochradioaktiven Abfälle	13	13	14	12	14	11	18	15
- Die hochradioaktiven Abfälle werden an den Standorten der Kernkraftwerke überirdisch endgelagert	6	8	6	5	6	5	3	7
- Die hochradioaktiven Abfälle aus Deutschland werden im Ausland endgelagert	5	3	5	6	5	13	3	1

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

• Frage: „Welches ist nach Ihrer Kenntnis der aktuelle Stand bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland? Welche der folgenden Antworten gibt – nach allem was Sie wissen – die aktuelle Situation treffend wieder?“ (Einfachnennung)

Im Jahr 2023 werden in Deutschland keine Kernkraftwerke mehr in Betrieb sein.

Danach gefragt, bis wann ihrer Meinung nach spätestens ein Endlager für die in Deutschland entstandenen hochradioaktiven Abfälle bereit stehen sollte, meinen 46 Prozent, dass dies zum Jahr 2030 der Fall sein sollte.

Nur jeweils eine Minderheit der Befragten vertritt die Ansicht, dass spätestens bis zu den Jahren 2040 (5 %), 2050 (3 %), 2075 (1 %) oder 2100 (2 %) ein Endlager für die in Deutschland entstandenen hochradioaktiven Abfälle bereit stehen sollte.

40 Prozent der Befragten geben spontan an, dass ein Endlager schon früher als 2030 bereitstehen sollte.

▪ Bereitstellungszeitpunkt eines Endlagers •

Ein Endlager für die in Deutschland entstandenen hochradioaktiven Abfälle sollte spätestens bereitstehen

	früher als 2030	2030	2040	2050	2075	2100 *)
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	40	46	5	3	1	2
Ost	38	45	8	2	0	2
West	41	46	4	3	1	2
Männer	40	45	5	4	1	2
Frauen	40	46	5	1	1	2
18- bis 29-Jährige	26	65	6	0	0	3
30- bis 44-Jährige	42	45	3	2	1	2
45- bis 59-Jährige	41	46	5	4	0	1
60 Jahre und älter	43	38	5	2	1	3
Hauptschule	45	38	3	3	2	3
mittlerer Abschluss	40	43	6	2	1	2
Abitur, Studium	40	46	5	3	0	3
Anhänger der: CDU/CSU	46	44	4	2	1	2
SPD	33	54	4	2	1	3
Linke	43	47	0	2	0	1
Grünen	30	62	7	1	0	1

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

• Frage: „Im Jahr 2023 werden in Deutschland keine Kernkraftwerke mehr in Betrieb sein. Bis wann sollte Ihrer Meinung nach spätestens ein Endlager für die in Deutschland entstandenen hochradioaktiven Abfälle bereit stehen?“ (Einfachnennung)

Lediglich 16 Prozent der Befragten geben an, dass sie im laufenden Jahr häufig Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien wahrgenommen haben. 37 Prozent haben hin und wieder entsprechende Berichte wahrgenommen.

36 Prozent der Befragten haben in diesem Jahr sehr selten und 9 Prozent nie Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen.

Insbesondere die über 60-Jährigen geben an, dass sie im laufenden Jahr „häufig“ entsprechende Meldungen über das Thema wahrgenommen haben.

▪ **Meldungen und Berichte in den Medien \***

Es haben in diesem Jahr Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen

	häufig %	hin und wieder %	sehr selten %	nie *) %
insgesamt	16	37	36	9
Ost	16	37	35	5
West	16	37	36	10
Männer	17	36	36	9
Frauen	1	38	36	9
18- bis 29-Jährige	0	44	40	15
30- bis 44-Jährige	10	27	47	12
45- bis 59-Jährige	14	40	38	8
60 Jahre und älter	30	40	24	5
Anhänger der: CDU/CSU	17	35	39	8
SPD	19	49	25	7
Linke	17	24	51	3
Grünen	10	45	41	4

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

• Frage: „Wie häufig haben Sie in diesem Jahr Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?“

Unabhängig von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt, hat jeder vierte Befragte (25 %) sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert und gezielt nach Informationen dazu gesucht: 18 Prozent haben sich bis zu fünf mal, 4 Prozent bis zu zehnmal und 3 Prozent häufiger als zehnmal aktiv über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert.

Die große Mehrheit der Bundesbürger (75 %) hat sich bisher noch nicht selbst aktiv um Informationen zum Thema Endlagerung bemüht.

Männer geben häufiger als Frauen und Anhänger der Grünen und der Linkspartei häufiger als die Anhänger der anderen Parteien an, sich schon einmal aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert zu haben.

▪ Aktive und gezielte Informationssuche? •

Es haben sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert und gezielt nach Informationen dazu gesucht

	ja, bis zu 5 mal %	ja, bis zu 10 mal %	ja, häufiger als 10 mal %	nein %
insgesamt	18	4	3	75
Ost	18	5	3	74
West	18	3	3	76
Männer	23	4	4	69
Frauen	13	2	3	82
18- bis 29-Jährige	25	0	0	75
30- bis 44-Jährige	20	4	2	74
45- bis 59-Jährige	18	3	4	75
60 Jahre und älter	13	5	5	77
Anhänger der: CDU/CSU	13	4	3	80
SPD	18	4	4	74
Linke	23	5	6	66
Grünen	28	5	4	63

- 
- Frage: „Einmal abgesehen von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert und gezielt nach Informationen dazu gesucht oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?“/ FALLS JA: „Wie häufig haben Sie sich in den letzten 12 Monaten selbst aktiv über das Thema Endlagerung informiert: ein- bis fünfmal, bis zu zehnmal oder häufiger als zehnmal?“

42 Prozent aller Befragten würden nach eigenen Angaben ein Endlager in ihrer Region befürworten, wenn dort die geologischen Voraussetzungen für ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle besonders gut geeignet wären.

56 Prozent würden ein Endlager in ihrer Region ablehnen.

Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen Männern und Frauen.

▪ Meinungen zu einem Endlager in der Region \*

Wenn in ihrer Region die geologischen Voraussetzungen für ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle besonders gut geeignet wären, dann würden ein Endlager in ihrer Region befürworten

	ja %	nein *) %
insgesamt	42	56
Ost	43	53
West	41	57
Männer	55	43
Frauen	29	69
18- bis 29-Jährige	32	68
30- bis 44-Jährige	32	65
45- bis 59-Jährige	42	56
60 Jahre und älter	53	44
Anhänger der: CDU/CSU	35	63
SPD	50	49
Linke	51	47
Grünen	39	61

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

---

• Frage: „Wenn in Ihrer Region die geologischen Voraussetzungen, also die Beschaffenheit der Gesteinsschichten, für ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle besonders gut geeignet wären, würden Sie dann ein Endlager in Ihrer Region befürworten oder nicht?“

In der Frage, wer bei der Entscheidung für einen bestimmten Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle politisch das letzte Wort haben sollte, zeigt sich kein einheitliches Bild.

28 Prozent finden, dass der deutsche Bundestag diese Frage entscheiden sollte. Ebenfalls 28 Prozent meinen, dass die Bürger der betroffenen Region per Volksentscheid darüber befinden sollten. Weitere 22 Prozent sind der Ansicht, dass die Bürger in ganz Deutschland per Volksentscheid die letzte Entscheidung treffen sollten.

Vergleichsweise wenige sind der Ansicht, dass der Landtag des Bundeslandes, in dem der Standort liegt (7 %), alle Bürger in dem betroffenen Bundesland per Volksentscheid (7 %) oder die Stadt- und Gemeindevertretungen der betroffenen Regionen (3 %) die letzte Entscheidung über einen bestimmten Endlagerstandort treffen sollten.

Westdeutsche meinen häufiger als Ostdeutsche, dass der deutsche Bundestag bzw. alle Bürger der betroffenen Region das letzte Wort bei der Entscheidung für einen Endlagerstandort haben sollten. Ostdeutsche meinen hingegen häufiger als Westdeutsche, dass alle Bürger in Deutschland per Volksentscheid das letzte Wort haben sollten.

▪ **Entscheidungsgewalt für einen Endlagerstandort I \***

Bei der Entscheidung für einen bestimmten Endlagerstandort sollte(n) das letzte Wort haben:	ins- gesamt %)	*) Ost %)	West %)	18- bis 29- Jährige %)	30- bis 44- Jährige %)	45- bis 59- Jährige %)	60 Jahre und älter %)
- der deutsche Bundestag	28	19	29	30	22	26	33
- alle Bürger der betroffenen Region per Volksentscheid	28	23	29	25	33	26	27
- alle Bürger in Deutschland per Volksentscheid	22	31	20	20	21	24	21
- der Landtag des Bundeslandes, in dem der Standort liegt	7	8	7	1	7	10	6
- alle Bürger in dem betroffenen Bundesland per Volksentscheid	7	8	7	19	5	7	5
- die Stadt- und Gemeindevertretungen der betroffenen Regionen	3	4	3	2	8	2	2

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\* Frage: „Wer sollte aus Ihrer Sicht bei der Entscheidung für einen bestimmten Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle das letzte Wort haben: der deutsche Bundestag, alle Bürger in Deutschland per Volksentscheid, der Landtag des Bundeslandes, in dem der Standort liegt, alle Bürger in dem betroffenen Bundesland per Volksentscheid, die Stadt- und Gemeindevertretungen der betroffenen Region, alle Bürger der betroffenen Region per Volksentscheid?“ (Einfachnennung)

Dass der deutsche Bundestag das letzte Wort haben sollte, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Union.

Für eine Entscheidung per Volksentscheid durch alle Bürger der betroffenen Region sprechen sich überdurchschnittlich die Anhänger der Linkspartei, für eine Entscheidung per bundesweitem Volksentscheid überdurchschnittlich häufig die Anhänger der SPD und der Grünen aus.

▪ Entscheidungsgewalt für einen Endlagerstandort II \*

Bei der Entscheidung für einen bestimmten Endlagerstandort sollte(n) das letzte Wort haben:	ins- *)	Anhänger der:			
	gesamt %	CDU/CSU %	SPD %	Linke %	Grünen %
- der deutsche Bundestag	28	38	23	27	27
- alle Bürger der betroffenen Region per Volksentscheid	28	26	24	35	22
- alle Bürger in Deutschland per Volksentscheid	22	15	26	20	25
- der Landtag des Bundeslandes, in dem der Standort liegt	7	9	6	7	5
- alle Bürger in dem betroffenen Bundesland per Volksentscheid	7	5	12	1	15
- die Stadt- und Gemeindevertretungen der betroffenen Regionen	3	4	5	6	3

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

- 
- Frage: „Wer sollte aus Ihrer Sicht bei der Entscheidung für einen bestimmten Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle das letzte Wort haben: der deutsche Bundestag, alle Bürger in Deutschland per Volksentscheid, der Landtag des Bundeslandes, in dem der Standort liegt, alle Bürger in dem betroffenen Bundesland per Volksentscheid, die Stadt- und Gemeindevertretungen der betroffenen Region, alle Bürger der betroffenen Region per Volksentscheid?“ (Einfachnennung)